

Einbringung Haushaltsentwurf 2025/2026

Haushaltsrede der Kämmerin Frau Dr. Hubbert

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gäste im Saal und am Bildschirm,

es gibt gute Zeiten und Zeiten wie diese, in denen eine Krise die anderen jagt und in denen es schwieriger denn je ist, die zukünftigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen vorherzusagen. Der Entwurf unseres Doppelhaushaltes 2025/26 fällt genau in diese turbulente Phase. Wir haben uns bei der Aufstellung wieder von einem klaren Ziel leiten lassen: Wie können wir dieser Stadt und Ihren Bürgerinnen und Bürgern am besten gerecht werden? Erfolgreiches haushalterisches Handeln bedeutet Orientierung zu geben, nicht zu verzweifeln, sondern weiter daran zu arbeiten, einen zukunftsfähigen Haushalt aufzustellen und die kommunale Handlungsfähigkeit langfristig zu sichern.

Lassen Sie mich nun anhand folgender Fragen, diesen Haushaltsentwurf vorstellen:

Woher kommen wir und warum ist aus heutiger Sicht ein Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren nicht zu erreichen?

Wie gehen wir in diesem Haushalt mit den aktuell schwierigen und unsicheren finanziellen Rahmenbedingungen um?

Wie sichern wir auch in herausfordernden Zeiten weiter die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt?

Welche Unterstützung benötigen wir?

Woher kommen wir und warum ist aus heutiger Sicht ein Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren nicht zu erreichen?

Seit 2020 konnte ich Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt vorstellen und bereits seit dem Jahr 2018 haben wir die Haushaltsjahre mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen. Bis 2020 profitierten wir dabei auch von dem scheinbar unaufhaltsamen konjunkturellen Aufschwung in Deutschland – und natürlich besonders von der Aufbruchstimmung, die nach den vielen Jahren der Haushaltskonsolidierung in Bochum Einzug hielt. Gemeinsam haben wir dann auch die vielen Herausforderungen der letzten Jahre bewältigt, von der Coronapandemie bis hin zu den belastenden Auswirkungen des Ukraine-Krieges. Mit Ihrer Unterstützung konnten wir diese Krisen finanziell und auch organisatorisch gut bewältigen. Natürlich hat uns in diesen Zeiten auch Bund und Land mit Sonderzuschüssen zur Abwendung der Schäden punktuell geholfen. Zudem hat uns das Land von 2020 bis 2023 die Möglichkeit eingeräumt, die pandemie- und kriegsbedingten finanziellen Belastungen im Ergebnisplan zu isolieren und zu aktivieren. Betriebswirtschaftlich war dieses Instrument sicherlich sehr fragwürdig, es hat uns aber in der Praxis geholfen, stets handlungsfähig zu bleiben und finanzielle Schieflagen zu verhindern. Insgesamt haben wir 138 Mio. € isoliert, die ab 2026 über 50 Jahre abgeschrieben werden müssen.

Wir schienen in 2022 gut aus der Krise zu kommen und eine sich erholende Post-Corona-Konjunktur war spürbar. Doch Städte und Gemeinden sind eben nicht resilient gegenüber den Folgen geopolitischer Erschütterungen und einem daraus folgenden bundesweiten konjunkturellen Abschwung. Der Krieg in der Ukraine und weitere globale Krisen haben das wirtschaftliche Fundament Deutschlands erschüttert und die Auswirkungen sind auch auf der kommunalen Ebene deutlich spürbar. Lassen Sie mich nur die Stichworte Inflation, steigende Energiekosten, aktuelle Tarifabschlüsse und Zinswende nennen. Zudem führt die finanzielle Schieflage des Bundes und Landeshaushalts dazu, dass die Legislative die Konnexität weiter nicht wahr und die finanzielle Alimentierung der von uns übernommenen Aufgaben

immer geringer wird, auch hier nur einige Stichworte: Recht auf Ganzttag, Digitalisierung der Schulen, Kita-Ausbau, Schulbegleitung, Unterbringung und Versorgung Geflüchteter.

Diese Entwicklungen führen uns direkt zur Antwort auf die Frage: Warum aus heutiger Sicht kein Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren zu erreichen ist?

Ein Blick auf die aktuelle Entwicklung der Ergebnisse, die Sie der Grafik entnehmen können, zeigt: Für das Jahr 2025 planen wir mit einem Defizit von 50 Mio. € und in 2026 wird dieses Defizit voraussichtlich auf 76 Mio. € anwachsen. Bis zum Ende des Planungszeitraums rechnen wir mit einer sukzessiven Verbesserung auf 41 Mio. €. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig und größtenteils schon erläutert: Veränderte Rahmenbedingungen und äußere Einflüsse haben uns massiv getroffen. Dramatisch steigenden Ausgaben durch Inflation, Tarifsteigerung und zusätzliche Leistungen, stehen aufgrund der rezessiven Tendenzen - Einnahmen gegenüber, die nicht Schritt halten können. Die Schere geht immer weiter auseinander!

Überall in unserem Land und nicht nur in unserer häufig von Krisen besonders betroffenen Region stehen die Kommunen vor ähnlichen Schwierigkeiten und teilweise dramatischen Haushaltssituationen.

Laut einer Prognose der kommunalen Spitzenverbände aus Juli 2024 verschlechtert sich die finanzielle Lage der Kommunen im Bundesgebiet rasant. Die Grafik zeigt, dass das Finanzierungssaldo der Kommunen im vergangenen Jahr bereits ein Defizit von 6,2 Mrd. € auswies. Für 2024 wird mit einer Rekordhöhe von 13,2 Mrd. € gerechnet. Wenn sich nichts ändert, sind die Zeiten weitgehend ausgeglichener Kommunalhaushalte vorbei! Defizite, Nothaushalte und harte Konsolidierungsdiskussionen werden vielerorts die neue Realität in den Rathäusern sein.

Betrachten wir die Lage in NRW, so macht auch die aktuelle Haushaltsumfrage von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW wenig Hoffnung auf Besserung. Haben im Durchschnitt der letzten 5 Jahre noch 170 von 394 teilnehmenden Städten und Gemeinden ihre Haushalts- und Finanzsituation vor Ort als sehr gut oder eher gut eingestuft, gibt es nun keine einzige mehr, die dies für die nächsten 5 Jahre erwartet. Vielmehr sehen 217 Kommunen sogar eher dystopisch in die Zukunft.

Auf den ersten Blick erscheint es beruhigend, dass wir nicht alleine in eine wirtschaftliche Schieflage geraten - allerdings ist das auch kein Grund zur Erleichterung. Vielmehr müssen wir jetzt unsere Kräfte bündeln und schauen, dass Bochum mit einem blauen Auge aus dieser schwierigen Situation herauskommt und nicht in einer Abwärtsspirale gerät. Wir wollen nicht wie Lemminge nacheinander in den Abgrund stürzen. Lassen Sie mich deshalb nun - sehr verehrte Damen und Herren - übergehen zu der Frage:

Wie wir mit den aktuell schwierigen und unsicheren finanziellen Rahmenbedingungen in diesem Haushalt umgehen?

Angesichts der Dynamik, mit der einige Aufwandspositionen wachsen, und der fehlenden Kongruenz zum Ertragswachstum müssen wir diesen Haushaltsplanentwurf erstmalig seit 2020 wieder mit einem planerischen Defizit aufstellen.

Unser voraussichtliches Ergebnis wird im Jahr 2025 um rund 50 Mio. € und im Jahr 2026 um rund 76 Mio. € schlechter ausfallen als noch in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2023/24 geplant. Im Haushaltsentwurf ist dabei schon ein globaler

Minderaufwand von 30 Mio. € berücksichtigt, der jedoch im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung noch über Minderaufwendungen oder Mehrerträge kompensiert werden muss. Die Landesregierung hat mit dem 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz in 2024 dieses Instrument noch einmal angepasst und erlaubt nun eine pauschale Kürzung von bis zu 2% der Summe der Aufwendungen im Ergebnisplan.

Meine Damen und Herren,

nicht nur aufgrund der Isolierungsmöglichkeit - auch durch die zunehmende Resilienz von Verwaltung und Wirtschaft - konnte die Stadt Bochum in den vergangenen Jahren ihren eingeschlagenen Stabilisierungskurs weiterverfolgen und positive Jahresergebnisse erzielen, die der Ausgleichsrücklage zugeführt wurden. Mit dem Überschuss des Jahres 2023 beläuft sich die Höhe der Ausgleichsrücklage zum 1.1.2024 auf 154 Mio. €. Dank strenger Haushaltsführung wird das Jahr 2024 trotz erheblicher Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen voraussichtlich mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschließen. Damit können wir bei der aktuellen Planung auf die Bestände der Ausgleichsrücklage von Anfang 2024 zurückgreifen und die Fehlbeträge decken.

Der Haushalt erfüllt damit nach § 75 Abs. 2 GO NRW die Anforderungen an einen ausgeglichenen Haushalt und bleibt voraussichtlich lediglich anzeigepflichtig.

Meine Damen und Herren,

was bedeutet dies aber für unser Eigenkapital in der Zukunft? Wie sie der Grafik entnehmen können, wird die Ausgleichsrücklage ab dem Haushaltsjahr 2027 nahezu aufgebraucht sein, sodass wir gezwungen sein werden, auf die allgemeinen Rücklage zurückzugreifen. Wir werden an unsere Substanz gehen müssen!

Lassen Sie mich nun einige Eckdaten aus der Haushaltsplanung erläutern, beginnend mit der Entwicklung der steuerbedingten Einnahmen. Ich habe bereits mehrfach betont, dass die Schere zwischen den steigenden kommunalen Aufwendungen und den sich langsamer entwickelnden Einnahmen immer weiter auseinander geht. Die sinkenden Erträge sind insbesondere auch darauf zurückzuführen, dass die Steuereinnahmen nominal nicht mit den Inflationsraten Schritt halten. Das resultiert zum einen aus der abkühlenden Konjunktur, zum anderen natürlich auch daraus, dass Konjunkturprogramme des Bundes, wie z.B. das Wachstumschancengesetz mit den verbundenen Steuererleichterungen, indirekt auch auf kommunaler Ebene zu Einnahmeausfällen führen. Eine Kompensation ist dabei leider nie vorgesehen!

Wie Sie der Grafik entnehmen können, kann Bochum nach dem einmaligen deutlichen Einbruch der Schlüsselzuweisungen in 2024 aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2025 wieder mit einem Betrag in etwa auf dem Niveau von 2023 rechnen. Verglichen mit der mittelfristigen Finanzplanung aus dem letzten Haushalt bleiben die Erwartungen für 2025 jedoch noch um 8 Mio. € zurück.

In der Planung schreiben wir die Gewerbesteuererwartungen - eine unserer größten Ertragsquellen - in den kommenden Jahren im bisherigen Trend fort. Der Trendlinie in der Grafik ist die grundsätzlich positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt zu entnehmen. Gleichzeitig zeigen die Ist-Einnahmen wie volatil sich die Gewerbesteuererträge gerade in Folge der Coronapandemie entwickelt haben.

Meine Damen und Herren,

allein durch den Rekord-Tarifabschluss steigt der Personalaufwand in den Jahren 2024 und 2025 um rund 40 Mio. EUR. Aufgrund neuer Aufgaben und zusätzlicher auch rechtlicher Leistungen resultiert aus den intensiv geführten Budgetdialogen der unabwiesbare Bedarf für weitere 243 Stellen, z.B. im Bereich der Feuerwehr (25 BVI), für die Digitalisierung von Verwaltung und Schulen (55 BVI) oder aber im Jugendamt (50 BVI).

Die wesentlichen Veränderungen in 2025 zur ausgeglichenen mittelfristigen Planung aus dem letzten Doppelhaushalt sind in der folgenden Grafik beispielhaft zusammengefasst:

- Personal mit 37 Mio. €.
- Jugend mit 11. Mio. €. Allein für die Kosten der Schulbegleitung mussten nochmals 7 Mio. € aufgestockt werden. Die Unterfinanzierung der Träger führt zu Mehraufwendungen bei der Kita-Finanzierung von im Saldo 2 Mio. € und sogar von 5 Mio. € in 2026.
- Soziales mit 17 Mio. €. So steigt die Landschaftsverbandsumlage um 8 Mio. €, die Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für Geflüchtete und Wohnungslose belastet mit weiteren 9 Mio. €.
- Inflationsbedingt und aufgrund der hohen Tarifabschlüsse steigen auch die Gebäudekosten erheblich gegenüber der letzten Planung.
- Zusätzliche 7 Mio. € sind für den Schulbereich u.a. zur Sicherung der OGS, aber auch für die Digitalisierung und für die anderen Schulträgeraufgaben erforderlich.
- Den zahlreichen Bedarfen stehen leider nur wenige Entlastungen gegenüber. Insbesondere eine verbesserte Gewerbesteuerentwicklung gibt Anlass zur Hoffnung. Die größte Einsparung wurde mit der deutlichen Erhöhung des Globalen Minderaufwandes berücksichtigt.

Wie bereits dargelegt ist ab dem Haushaltsjahr 2027 die Ausgleichsrücklage nahezu aufgebraucht, so dass in der mittelfristigen Finanzplanung mit der Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage gerechnet wird.

Um das Ziel einer dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit für unsere Stadt zu erreichen und für die Folgejahre abzusichern, müssen auch wir erhebliche eigene Anstrengungen unternehmen. Wir werden ein Strukturentlastungspaket mit verschiedenen Maßnahmen umsetzen, das ab 2027 zunächst 6 Mio. € und später 20 Mio. € einsparen soll.

Doch das allein reicht nicht! Wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung weitere Entlastungen durch Bund bzw. Land eingeplant, um unsere kommunale Handlungsfähigkeit auch zukünftig zu wahren:

- Bei der Planung der Zinsaufwendungen wurde ab 2027 eine Altschuldenlösung antizipiert, die unsere Zinsaufwendungen um 5 bis 7 Mio. € reduziert.
- Eine verbesserte Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung und –versorgung bzw. ein vom Bund zu steuernder Fallzahlenrückgang wurde ab 2027 mit 7 bis 9 Mio. € berücksichtigt,
- zudem wird erwartet, dass sich auch im Kita-/Jugendhilfe-Bereich Entlastungen ab 2027 u.a. durch den Belastungsausgleich Jugendhilfe i.H.v. 2 bis 4 Mio. € ergeben.
- Die Folgekosten der Schuldigitalisierung können nicht vollständig durch die Kommunen getragen werden. Allein für den erforderlichen turnusmäßigen Austausch der Endgeräte (iPad-Ausstattung) müssen spätestens in 2027 weitere Mittel durch Bund/Land i.H.v. 12 Mio. EUR bereitgestellt werden.
- Die Verkehrswende wird nur gelingen, wenn die ÖPNV-Finanzierung strukturell angepasst wird. Allein für die Aufrechterhaltung der aktuellen ÖPNV-Leistungen

braucht die Stadt ab 2027 zusätzlich mindestens eine Entlastung von 9 Mio. € pro Jahr.

- Zudem ist eine Dynamisierung des seit dem Jahr 2018 gewährten 5 Milliarden-Entlastungspakets des Bundes aufgrund der gestiegenen Aufwendungen zwingend erforderlich und ab 2027 zunächst mit 8 Mio. € berücksichtigt.

Aufgrund der genannten Herausforderungen – liebe Ratsmitglieder – fragen wahrscheinlich auch Sie sich: Wie können wir in diesen Zeiten weiter die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sichern?

Meine Damen und Herren, aufgrund unserer verbesserten wirtschaftlichen Situation konnten wir in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel vollziehen und unseren Investitionshaushalt den tatsächlichen Erfordernissen anpassen. Wir wollen nicht wieder beginnen, aus einem Spardiktat heraus unsere kommunale Infrastruktur zu vernachlässigen. Diese Investitionen – sei es in Schulen, Straßen oder Grünanlagen – sind der Motor, der die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt stetig erhöht. Die städtische Infrastruktur ist sowohl ein harter als auch ein weicher Standortfaktor, der Studierende, Unternehmen und damit auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzieht.

Wir planen in 2025 und 2026 mit Investitionsauszahlungen von rd. 960 Mio. € und über den gesamten Planungszeitraum sogar mit rd. 2 Mrd. €.

Ein Schwerpunkt bilden zahlreiche Maßnahmen der schulischen Infrastruktur, unter anderem im Rahmen der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung. Es sind in den Jahren 2025-2029 insgesamt Auszahlungen in Höhe von 723 Mio. € für diesen Bereich geplant. Auch in die Infrastruktur unserer Stadt - Kanalbau, Straßen, Radwege usw. - investieren wir rd. 530 Mio. €. Weitere rd. 70 Mio. € fließen in die Gestaltung von Park- und Grünanlagen sowie Spielplätzen. Unsere weiteren Schwerpunkte können Sie der Aufstellung entnehmen.

Meine Damen und Herren,

wir werden und müssen weiter investieren. Die Investitionen sind notwendig, doch sie haben ihren Preis. So erhöhen unsere Investitionen natürlich unser Vermögen und damit die Aktivseite der Bilanz, aber auf der Passivseite werden auch die Investitionskredite steigen. Die steigenden Kredite werden sich in den folgenden Jahren - wie Sie der Kurve entnehmen können – in höheren Abschreibungen und Zinsen in der Ergebnisrechnung niederschlagen.

Bund und Land diskutieren über die Schuldenbremse – vergessen dabei aber, dass sie diese Diskussion auch auf dem Rücken der Kommunen austragen. Mit einer Schuldenbremse würde in unserer Stadt z.B. keine Schule oder Kita mehr modernisiert oder gebaut. Wir könnten unsere Aufgabe als Schulträger dann nicht mehr erfüllen. Die Kommunen sind für rd. 50 % aller Investitionen in die öffentliche Infrastruktur verantwortlich. Es wäre aktuell fatal diese wieder einzuschränken!

Ohne entsprechende Förderprogramme sind die Umsetzungen aber in der Zukunft gefährdet. Schon jetzt sehen wir, dass sich der Anteil der Fördermittel bei steigenden Investitionsbedarfen aller Kommunen dramatisch reduziert. Wie Sie der Grafik entnehmen können, rechnen wir aktuell sogar mit einer absoluten Abnahme der Fördermittel.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich zum Ende komme, möchte ich – als Einschub – noch kurz auf ein neues Instrument im Haushalt hinweisen.

Im aktuellen Haushalt haben wir das bestehende Kennzahlensystem komplett überarbeitet, um dieses hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Steuerbarkeit und Nachhaltigkeit zu optimieren. Wir werden nicht mehr flächendeckend Kennzahlen für die einzelnen Produktgruppen abbilden, sondern einen Schwerpunkt auf die Abbildung von Kennzahlen und Zielen für bestimmte Fokusthemen oder aber auf Maßnahmen, die auf die Zielerreichung der Nachhaltigkeitsstrategie und der Bochum Strategie einzahlen, legen. Wir haben uns dabei an den von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 festgelegten Zielen für nachhaltige Entwicklung, den sogenannten SDGs, orientiert und konnten so eine Verknüpfung des städtischen Haushalts mit den Nachhaltigkeitszielen erreichen. Das Kennzahlensystem soll kontinuierlich weiterentwickelt und aktualisiert werden. Es ist kein starres System, sondern soll von Politik und Verwaltung aktiv genutzt werden.

Nach diesem Einschub komme ich zum Schluss und zu der Frage:

Welche Unterstützung benötigen wir?

Meine Damen und Herren, wir segeln derzeit hart am Wind!

Alle unsere Anstrengungen und Bemühungen werden nur dann ausreichen, wenn wir auch die bereits beschriebenen echten finanziellen Kompensationen und Unterstützungen von Land und Bund erhalten. Ich habe – wie bereits ausgeführt – schon einige Forderungen zur Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung in der mittelfristigen Finanzplanung mit finanziellen Beiträgen einfließen lassen – darunter die Forderung nach Dynamisierung der seit 2018 jährlich gewährten kommunalen Entlastung bei den Sozialkosten, weitere Unterstützung bei der Finanzierung der KITAs und OGS-Plätze, eine Anschlussfinanzierung für die Schuldigitalisierung, zusätzliche Finanzierung der Kosten im Bereich Geflüchteter, eine ausreichende Unterstützung bei der Finanzierung des ÖPNVs und eine gerechte Altschuldenlösung.

Auch habe ich auf die Notwendigkeit von Konjunkturprogrammen hingewiesen. Um eine solide und auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten, ist es allerdings meines Erachtens auch noch dringend notwendig, die Verbundquote in NRW zu erhöhen!

Natürlich müssen auch wir als Verwaltung unseren Beitrag leisten!

Im Rahmen der Haushaltsplanung haben wir schon intensiv gerungen, um weitere Einsparungen zu erzielen. Viele Wünsche konnten nicht erfüllt werden. Wir setzen ein Strukturentlastungspaket auf, das in den nächsten Jahren weitere positive finanzielle Effekte bringen soll. Dabei müssen wir immer darauf achten, dass wir der Aufbruchstimmung der letzten Jahre nicht entgegenwirken. So hat die Bochum Strategie mit der Umsetzung von Kernaktivitäten einen großen Beitrag zur positiven Entwicklung unserer Stadt geleistet. Von dem großen Schub, der z. B. von Mark 51/7 für die nationale und internationale Ausstrahlung und natürlich wirtschaftliche Bedeutung für der Stadt ausgeht, bis hin zu einer stetig verbesserten Willkommenskultur in der Verwaltung. Vieles ist schon erreicht bzw. auf einem guten Weg.

Wir haben es geschafft auch in diesem Jahr einen genehmigungsfreien Haushalt vorzulegen!
Damit bleiben wir voll handlungsfähig!

- Wir schöpfen in unserem Haushaltsentwurf die bestehenden haushaltsrechtlichen Grenzen aus. Mehr ist nicht möglich!
- Wir müssen intensiv die Spielräume im vorliegenden Haushalt nutzen, um den berücksichtigten globalen Minderaufwand im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung abzubauen.
- Es gibt keine Spielräume für eine zusätzliche Belastung des Haushaltes. Neue Aufgaben müssen mit zusätzlichen Erträgen gekoppelt sein oder es muss eine klare Finanzierungszusage geben.

Das Aufstellungsverfahren war in diesem Jahr sehr ambitioniert. Ich möchte allen Beteiligten in der Verwaltung herzlich danken, dass wir diesen Haushaltsentwurf im Konsens aufstellen konnten. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei meinem Dezernatsbüro und den Mitarbeitenden der Kämmerei. Sie waren unermüdlich im Einsatz, haben sich auch diesmal trotz der zahlreichen Herausforderungen nicht entmutigen lassen. Wir haben zusammen strategische Fragen diskutiert und mussten die Auswirkungen immer wieder neu rechnen. Um es in den Worten von Max Frisch zu sagen: „Krise kann ein produktiver Zustand sein. Wir müssen ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“ Ich denke, das haben wir bei der Aufstellung gemeinsam getan, nun liebe Ratsmitglieder legen wir den Haushalt in Ihre Hände.

Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit herzlich bedanken und wünsche Ihnen nun gute Beratungen...